

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

25.07.2022

Inhalt

EWN

1 Wird die Milliardenruine in Betrieb gehen? <i>Handelsblatt, 25.07.2022</i>	3
2 Suche nach einem Endlager <i>Wochenspiegel Kyritz, Wittstock, 23.07.2022</i>	5
3 Polen will den deutschen Atomausstieg verhindern <i>DIE WELT, 25.07.2022</i>	6

Handelsblatt | 25.07.2022 | S. 010

Auflage: 140.186 | Reichweite: 528.470

M. Greive, J. Hildebrand, M. Koch, J. Olk

NORD STREAM 2**Wird die Milliardenruine in Betrieb gehen?**

Die Ampelkoalition hat die Gaspipeline gestoppt. Doch sollte Deutschland im Winter in eine Krise geraten, fordern erste SPD-Politiker: „Macht das Rohr auf!“

Die Pipeline Nord Stream 2 war eines der wichtigsten Energievorhaben der vergangenen Jahrzehnte – heute ist sie eine Milliardenruine. Als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine stoppte die Bundesregierung die Zertifizierung.

Doch der Kreml hat das Projekt nicht aufgegeben. Präsident Wladimir Putin schickte diese Woche ein vergiftetes Angebot nach Berlin. Die Probleme mit der Gasversorgung via Nord Stream 1 seien bedauerlich, aber Deutschland könne ja Nord Stream 2 in Betrieb nehmen. „Wir haben noch eine fertige Trasse – das ist Nord Stream 2“, sagte Putin. Natürlich weiß der Kremlherrscher, dass die Pipeline politisch hochumstritten ist.

In Brüssel, Osteuropa und den USA sahen sie Nord Stream 2 von Anfang an als energiepolitische Waffe der Russen, darauf ausgerichtet, Deutschlands Gasabhängigkeit zu verstärken und Europa zu spalten. Sollte die Bundesregierung dem russischen Druck nachgeben und die Pipeline in Betrieb nehmen, würde Berlin als Komplize des Kremls gesehen.

Daher bleibt die Ampelkoalition bisher bei einem entschiedenen Nein. Das Bundeswirtschaftsministerium verweist auf die fehlende Zertifizierung. Doch die Nervosität in der Regierung wächst, sollte der Gasstrom aus Russland versiegen, drohten „Volksaufstände“, warnte Außenministerin Annalena Baerbock jetzt sogar.

Das Szenario, auf das sich Berlin einstellt, sieht so aus: Russland schränkt im Herbst oder Winter die Gaslieferungen über Nord Stream 1 wieder ein, als Grund könnten technische Probleme vorgeschoben werden. Wenn es in Deutschland dann eine echte Mangellage gibt, könnte Putin öffentlich immer wieder anbieten, über Nord Stream 2 sofort Abhilfe zu schaffen. Innenpolitisch dürfte der Druck enorm steigen, lieber die fertige Pipeline zu nutzen, als eine schwere Wirtschafts-

krise in Kauf zu nehmen.

Konsequenzen aus den Russlandsanktionen

In Regierungskreisen hat man das Thema klar erkannt und rechnet fest damit, dass die politisch extremen Kräfte Putin in die Karten spielen und das Thema instrumentalisiert werden. Gemeint ist die Putin-nahe AfD, aber auch die Linkspartei. Es sei klar, dass der Kremlchef die politische Geschlossenheit in Deutschland testen wolle, so die Einschätzung.

Offiziell äußern sich die Ampelvertreter bislang eindeutig. Eine Sprecherin von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagte kürzlich: „Die Nord-Stream-2-Pipeline ist eine Pipeline, die nicht zertifiziert ist und nicht rechtlich zugelassen ist.“ Damit stellte sich die Frage der Nutzung nicht.

Auch in der FDP hat man eine klare Meinung. „Das Thema Nord Stream 2 ist aus gutem Grund erledigt. Mehr gibt es zu Putins plumpen Erpressungsversuchen gar nicht zu sagen“, sagte Fraktionsvize Lukas Köhler.

Doch in der größten Regierungsfraktion, der SPD, sind erste Regungen zu erkennen. In der Partei galten größere Teile in der Vergangenheit als Russlandfreundlich. Öffentlich will das inzwischen kaum einer noch sagen. Doch hinter vorgehaltener Hand lassen wenige Sozialdemokraten die Tür für Nord Stream 2 durchaus geöffnet. „Wenn es so weit wäre, dass wir BASF abschalten müssten, sage ich ganz klar: Macht das Rohr auf“, sagt einer.

Und auch in der Union gibt es angesichts der Sorge vor einem Energienotstand erste Vorstöße, aus Russland zu nehmen, was möglich ist. So haben die wirtschaftspolitischen Sprecher der ostdeutschen CDU-Landtagsfraktionen Habeck gerade einen Brief geschickt: „Es fällt uns schwer, in der Bevölkerung um Verständnis für Ihre Politik zu werben“, schreiben die

fünf CDU-Politiker dem „sehr geehrten Herrn Bundesminister“. Dabei stehe man „erst am Anfang der auf uns zukommenden ökonomischen Probleme und Einschränkungen“.

Ist die Druschba-Pipeline nach Schwedt der Ausweg?

Die Konsequenzen aus den getroffenen Sanktionen gegen Russland führten „die ostdeutsche Wirtschaft in eine mehrjährige Rezession“, schreiben die CDU-Wirtschaftspolitiker. Sie fürchten „massive soziale Verwerfungen in unserer Gesellschaft“.

Unter anderem fordern sie, „alles dafür zu tun, dass die Gaspipeline Nord Stream 1 schnellstmöglich wieder in voller Leistungsbereitschaft ist“. Und sie wollen auch weiterhin russisches Öl importieren, „über die Druschba-Pipeline nach Schwedt über den 31.12.2022 hinaus“. Das von der EU-Kommission festgelegte Öl-embargo erlaube diesen Bezug ausdrücklich, heißt es in dem Brief.

Die EU-Staaten hatten sich im Mai darauf geeinigt, nach einer Übergangszeit kein Öl mehr aus Russland zu importieren. Das betrifft zunächst nur Lieferungen per Schiff. Die Druschba-Pipeline war davon ausgenommen. Dies war vor allem ein Zugeständnis an Ungarn. Deutschland und Polen, die ebenfalls mit der Pipeline beliefert werden, hatten sich verpflichtet, ab kommendem Jahr kein Öl mehr aus Russland zu importieren, auch wenn die Sanktionen es theoretisch noch zuließen.

Die Stimmung in Deutschland droht zu kippen

Die Äußerungen machen deutlich, dass Politiker fürchten, die Stimmung hierzulande könne angesichts einer Energiekrise kippen. CSU-Generalsekretär Martin Huber verband bereits vor einigen Tagen die Sanktionen gegen Russland mit einem „Aber“: „Wir unterstützen die Ukraine aus Überzeugung, aber wir müssen auch auf die eigene Bevölkerung schauen: Frieren

für den Frieden ist kein tragfähiges Konzept“, sagte er. Waffen würden der Ukraine schneller helfen als Sanktionen.

Technisch wäre es machbar, die Pipeline in Betrieb zu nehmen. Die Leitung, die in zwei Strängen weitgehend parallel zu Nord Stream 1 über den Ostseegrund verläuft, wurde vor einem Jahr fertiggestellt und ist bereits mit Gas befüllt. Rechtlich ist die Sache komplizierter.

Zuständig ist gemäß der EU-Gasmarkttrichtlinie die Bundesnetzagentur, die Habecks Wirtschaftsministerium unterstellt ist. Doch die EU-Kommission behält sich vor, die Entscheidung der deutschen Behörden zu überprüfen. Die Gasrichtlinie sieht dafür eine Frist von zwei Monaten vor, die unter bestimmten Umständen um weitere zwei Monate verlängert werden kann. Das bedeutet: Selbst wenn die Bundesregierung die Zertifizierung wieder anstrebte, wäre der Prozess kaum in diesem Winter abgeschlossen.

All das wird Putin wissen. Ginge es ihm tatsächlich darum, mehr Gas zu verkaufen, stünde ihm nicht nur Nord Stream 1 zur Verfügung, er könnte auch die Jamal-Pipeline durch Weißrussland und Polen oder das Leitungsnetz der Ukraine nutzen. Doch der Kreml will die Europäer wirtschaftlich zermürben, sie von ihrer Sanktionspolitik abbringen. Nord Stream 2 dient ihm als Machtinstrument.

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen spricht es offen aus: Putin wolle die Europäer erpressen, er nutze Energie als Waffe. Doch die CDU-Politikerin zeigt sich entschlossen: „Er wird auf dramatische Weise scheitern.“

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

”Das Thema Nord Stream 2 ist aus gutem Grund erledigt. Mehr gibt es zu Putins plumpen Erpressungsversuchen gar nicht zu sagen.” - Lukas Köhler, FDP-Fraktionsvize

📖 Wochenspiegel Kyritz, Wittstock | 23.07.2022 | S. 7

📄 Auflage: 23.400

Suche nach einem Endlager

Radtour im September gibt einen Einblick in das atomare Geschehen im Landkreis OPR

Die laufende Standortsuche nach einem geeigneten Lagerstandort für den deutschen Atommüll wird seit 2016 durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) vorangetrieben. Auch die Ostprignitz, die Prignitz und das Ruppiner Land sind betroffen. Mehrere Gebiete in der Region erscheinen aktuell wegen ihrer geologischen Eigenschaften als geeigneter Lagerstandort für Atommüll in Frage zu kommen. In einem mehrstufigen Verfahren soll aus allen potenziellen Gebieten in Deutschland ein Standort herauskristallisiert werden. Bis 2050 soll dort die Infrastruktur des Atommülllagers errichtet sein, um in den folgenden Jahrzehnten den Atommüll darin einzulagern.

Im Juni dieses Jahres informierte die Bürgerinitiative „Wohin damit“ aus der Prignitz mit einer Veranstaltung in Groß Pankow bei Pritzwalk über das Verfahren der Endlagersuche, was mehr Sorge, viele offene Fragen und wenig Beruhigung hervor rief.

Ebenso reagiert die Bevölkerung in der Ostprignitz. Die Initiative, für Transparenz und Information zu sorgen, haben auch Atomkraftgegner in Rheinsberg, Berlin, Wittstock und Prignitz aufgegriffen. Und so soll

es einen Besuch im alten AKW Rheinsberg geben, bei dem mit dem Fahrrad das Gebiet der alten AKW-Anlage erkundet wird. Die Radtour von Fürstenberg nach Rheinsberg wird von informativen Kurzreferaten begleitet, im Bahnhofsmuseum Rheinsberg wird ein Castorzugtransporter der DDR besichtigt, in der Rheinsberger Musikbrennerei wird es Kabarett, einen Vortrag und einen Film zum Thema geben, der Geologische Dienst Brandenburg ist mit einem Vortrag dabei.

Das Interesse der Ortsansässigen ist hoffentlich groß. Vormerken kann man sich das Wochenende 16. und 17. September. Ganz ohne Voranmeldung wird es nicht gehen, denn die Besucheranzahl im alten Atomkraftwerk Rheinsberg ist aufgrund der Sicherheitsbestimmungen begrenzt. Übernachtungen in Rheinsberg sind möglich bei Jane Zahn (liederhexe@icloud.com).

Zur Teilnahme an der Führung durch das alte KKW Rheinsberg muss man sich bei Rainer Nies anmelden (rainernies@aol.com).

Polen will den deutschen Atomausstieg verhindern

Initiative prüft Pacht und Betrieb von Meilern

Warschau. Von einer "schlechten und extrem unverantwortlichen Entscheidung" spricht Adrian Zandberg und deutet auf das Gebäude hinter sich. Der Co-Vorsitzende der polnischen Linken Razem ist es als Oppositionspolitiker gewöhnt, vor Ministerien oder dem Parlament in Warschau zu protestieren.

Doch an diesem Tag macht er vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin seinem Ärger Luft. Die "extrem unverantwortliche Entscheidung", das ist in seinen Augen der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland. Von einem "Klimaverbrechen" spricht Zandberg, auf Twitter schreibt er, dass die Schließung der verbliebenen Kraftwerke in Deutschland "nur Gazprom und dem Kreml-Regime dient."

Zandberg will mit anderen prominenten Linken-Abgeordneten ein Zeichen gegen die energiepolitischen Alleingänge Deutschlands setzen. Laut Zandberg sitzen die Europäer in Energiefragen alle in einem "Wagen". "Das ist keine innere Angelegenheit Deutschlands", sagt der Abgeordnete, "so wie die polnische Energietransformation auch nicht." Die polnische Linke, wie fast alle polnischen Parteien, steht der Kernenergie wohlwollend gegenüber, spricht sich gar für den Bau von neuen Kraftwerken aus. Auch deswegen kritisieren polnische Offizielle die deutsche Energiepolitik seit langem. Die deutsch-russischen Pipelineprojekte Nord Stream 1 und 2 haben bereits vor Jahren die deutsch-polnischen Beziehungen beschädigt und aus polnischer Sicht dazu beigetragen, dass Europa sich nun von Putin erpressen lassen muss.

Was weniger bekannt ist, ist, dass auch die deutsche Energiewende, also der gleichzeitige Ausstieg aus der Kohle- und Atomverstromung, in Polen seit jeher auf Unverständnis stößt. Im Nachbarland ist man überzeugt, dass die deutsche Politik sich verhoben hat, dass Deutschland in der Konsequenz Kohlestrom aus Polen importieren muss - wo als Folge die Preise steigen und die Luft noch schmutziger wird. Polen ist Europas Kohleland Nummer eins, etwa siebzig Prozent seiner Energie bezieht es immer noch aus dem

Rohstoff. Der verordnete Abschied von der Kohle fällt der Politik, aber auch den Wählern schwer. Unzählige Haushalte heizen mit Kohle.

Doch die Menschen leiden unter Smog und günstig ist Kohle auch nicht mehr - die Sorge mit Blick auf die deutschen Pläne ist groß. In Polen selbst sollen Atomkraftwerke Abhilfe schaffen. Noch ist keines am Netz, unter der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) allerdings ist der Wunsch, in die Atomkraft einzusteigen zu einem Vorhaben herangewachsen. Zwei Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von neun Gigawatt sollen gebaut werden, das erste könnte 2033 ans Netz gehen.

Dass die Bundesregierung sich auch in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine nicht zu längeren Laufzeiten für die drei verbliebenen Atomkraftwerke durchringen konnte, treibt polnische Parlamentarier zu kreativen Manövern. Die Linken-Abgeordneten haben eine Initiative ins Parlament eingebracht, um deutsche Atommeiler zu pachten und diese für andere europäische Abnehmer laufen zu lassen, wenn Deutschland auf Energie verzichten möchte. "Einfach so vier Gigawatt vom Netz zu nehmen, in der größten Energiekrise in Europa seit Jahrzehnten, ist Wahnsinn. Die Preise werden im Winter weiter steigen, jedes Megawatt ist deswegen Gold wert", sagt Jakub Wiech, polnischer Atomenergieexperte und Autor eines Buches über die deutsche Energiewende. im Interview mit WELT. Wiech ist als Kritiker der deutschen Energiepolitik bekannt. "Die drei Kraftwerke jetzt abzuschalten, ist eine Gefahr für die EU", sagt der Experte.

Die polnische Initiative soll Deutschland nicht bewegen, alte Meiler wieder hochzufahren. Es geht um Laufzeitverlängerungen. Es sei absurd, etwas jetzt abzuschalten, das gut funktioniert, sagt Paulina Matysiak, eine der Linken-Abgeordneten, die in Berlin protestierten und die Pacht-Initiative eingebracht hat. "Auf Atomenergie zu verzichten und verstärkt auf Gas aus Russland zu setzen, war aus deutscher Sicht vielleicht eine Option - aber das ist jetzt keine mehr. Die Lage hat

sich geändert, das sollte man in Deutschland verstehen“, so Matysiak. Und die Abgeordnete verweist auf etwas, das in Polen ähnlich hohe Wellen geschlagen hat wie in Deutschland: „Dass es technisch sehr wohl möglich ist, die Kraftwerke laufen zu lassen, die Bundesregierung aber das Gegenteil behauptet hat, hat in Polen für Empörung gesorgt. Mir scheint, das ist eine politisch-ideologische Entscheidung“, sagt Matysiak.

Sie spielt darauf an, dass ein sogenannter Streckbetrieb etwa für das Atomkraftwerk Isar 2 bei Landshut wohl möglich ist. Das bestätigte grundsätzlich auch der Eigentümer, die Eon-Tochter Preussen Elektra. Aber auch der Abgeordnete Matysiak ist bewusst, dass es rechtlich schwierig und deswegen unwahr-

scheinlich sein dürfte, dass die polnische Regierung deutsche Atommeiler pachtet. „Unabhängig davon, ob es umsetzbar ist, üben wir mit unserer Debatte im Parlament Druck auf Berlin aus, die Kraftwerke vielleicht doch länger am Netz zu lassen“, erklärt die Abgeordnete.

Es wäre also zu einfach, die Initiative als reine PR-Aktion abzutun, zumal das polnische Parlament lange nicht mehr eine solche Einigkeit demonstriert hat wie in dieser Frage. „Es ist tatsächlich bemerkenswert, dass sich alle polnischen Parteien hinter die Initiative der Linken gestellt haben. Es passiert nicht oft, dass Regierung und Opposition in einer Sache zusammen kommen“, sagt Energieanalyst Wiech.